

# IWH-Pressemitteilung 29/2014

Halle (Saale), den 13. November 2014



## Die Macht der Erwartungen

Warum die zukünftige Einführung des Mindestlohns schon heute die Konjunktur beeinflusst

**Die Auffassung, dass die Einführung des Mindestlohns keine Effekte auf die aktuelle Konjunktur haben könne, weil er noch gar nicht in Kraft getreten sei, ist nicht zu halten. Geht man der Einfachheit halber davon aus, dass der Mindestlohn keinerlei Beschäftigungswirkungen hat, sondern einfach alle Beschäftigten, die jetzt weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienen, in Zukunft den Mindestlohn bekommen, dann schmälern die höheren Löhne eins zu eins die Gewinne oder werden auf die Preise überwältzt. Die höheren Löhne schmälern eins zu eins die Gewinne oder werden auf die Preise überwältzt. Preise passen sich aber aller Erfahrung nach nur langsam an; ein Teil der höheren Löhne geht auf jeden Fall zu Lasten der Unternehmensgewinne. Warum investieren Unternehmen aber heute? Weil sie sich davon zukünftige Gewinne erhoffen. Der Mindestlohn reduziert also die zukünftigen Unternehmensgewinne und damit die Anreize für Investitionen in der Gegenwart. Man mag den Mindestlohn unter Gerechtigkeitsaspekten so oder so bewerten. Aber die Aussage, dass seine zukünftige Einführung keine Effekte auf die heutige Investitionstätigkeit und die heutige Konjunktur haben könne, ist theoretisch und empirisch nicht zu halten.**

Seit Menschengedenken ist wirtschaftliches Handeln von vorausschauendem Denken geprägt. Schon im alten Ägypten hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass heutiges Wirtschaften auch an Erwartungen über die Zukunft orientiert sein sollte. Wenn man in guten Zeiten mehr Ernte einführt, als aktuell gebraucht wird, um einen Teil davon in Lagerhäusern für schlechte Zeiten vorzuhalten, dann steigt das Arbeitsvolumen in der Gegenwart, obwohl schlechte Zeiten erst für die Zukunft erwartet werden.

Auch die moderne empirische Wirtschaftsforschung hält zahllose Beispiele für den Effekt zukünftiger Ereignisse auf die heutige wirtschaftliche Aktivität und damit auf die Konjunktur bereit. Hier seien drei Beispiele genannt:

## Sperrfrist:

13. Nov. 2014  
15:45 Uhr

### Pressekontakt:

Tobias Henning  
Telefon:  
+49 345 7753 738  
E-Mail:  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

### Ansprechpartner:

Oliver Holtemöller  
Telefon:  
+49 345 7753 703  
E-Mail:  
[ohr@iwh-halle.de](mailto:ohr@iwh-halle.de)

### Politische Ressorts:

Bundesministerium für  
Wirtschaft und Energie  
(**BMWi**),  
Bundesministerium des  
Innern (**BMI**),  
Bundesministerium der  
Finanzen (**BMF**),  
Bundesministerium für Um-  
welt, Naturschutz, Bau und  
Reaktorsicherheit (**BMUB**),  
Bundeskanzleramt

### Wissenschaftliche

#### Schlagwörter:

Konjunktur, Mindestlohn,  
Erwartungen

### Aktueller Bezug:

Jahresgutachten 2014/2015  
des Sachverständigenrats  
zur Begutachtung der  
gesamtwirtschaftlichen  
Entwicklung

### Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

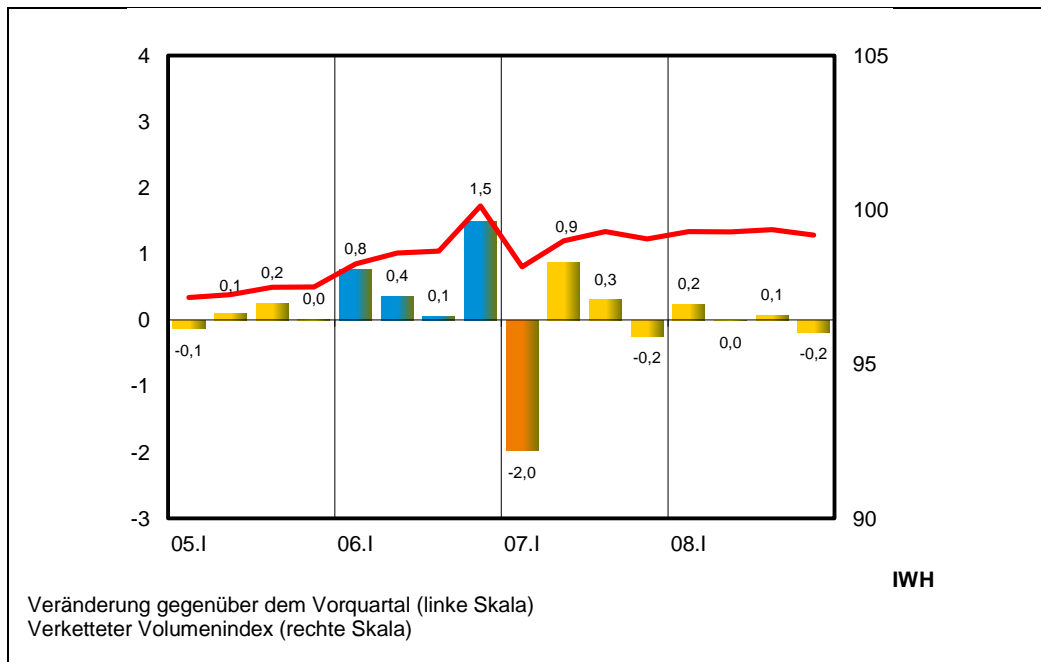
Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60  
Fax: +49 345 7753 820  
<http://www.iwh-halle.de>

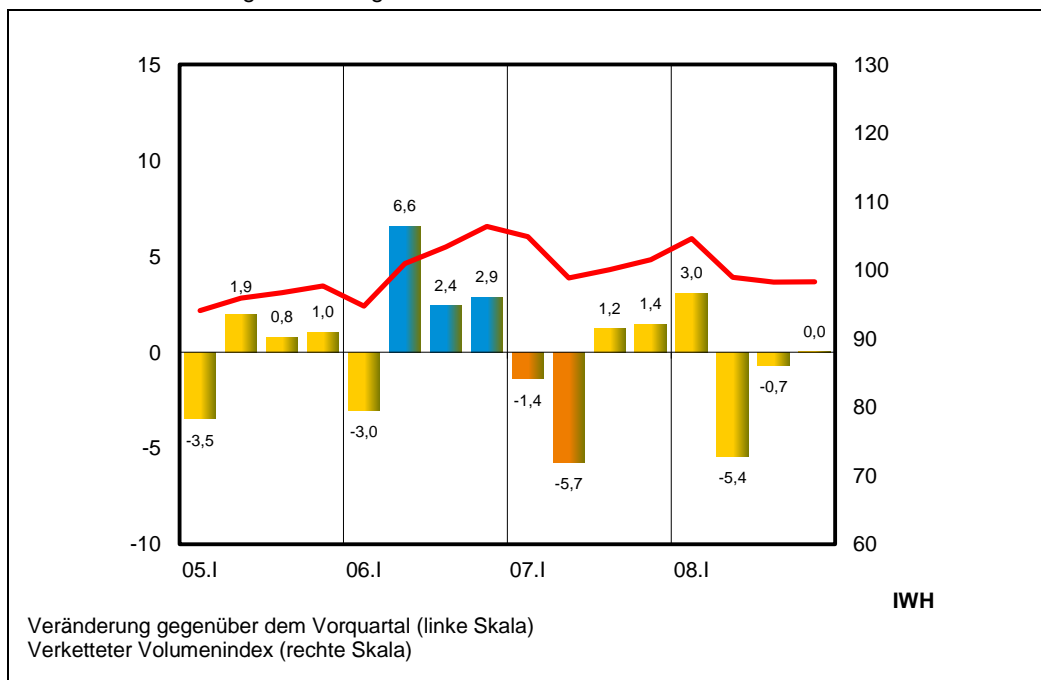
- 1.) Erhöhung der Mehrwertsteuer: Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 30.06.2006 wurde die Mehrwertsteuer in Deutschland zum 01.01.2007 von 16% auf 19% erhöht. Der private Konsum und die Bauinvestitionen reagierten darauf nicht erst im Januar 2007. Vielmehr gab es erhebliche Vorzieheffekte, die die Konjunktur im vierten Quartal 2006, also vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, erheblich beeinflussten.

Abbildung 1:  
 Deutschland: Private Konsumausgaben  
 - saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung des IWH.

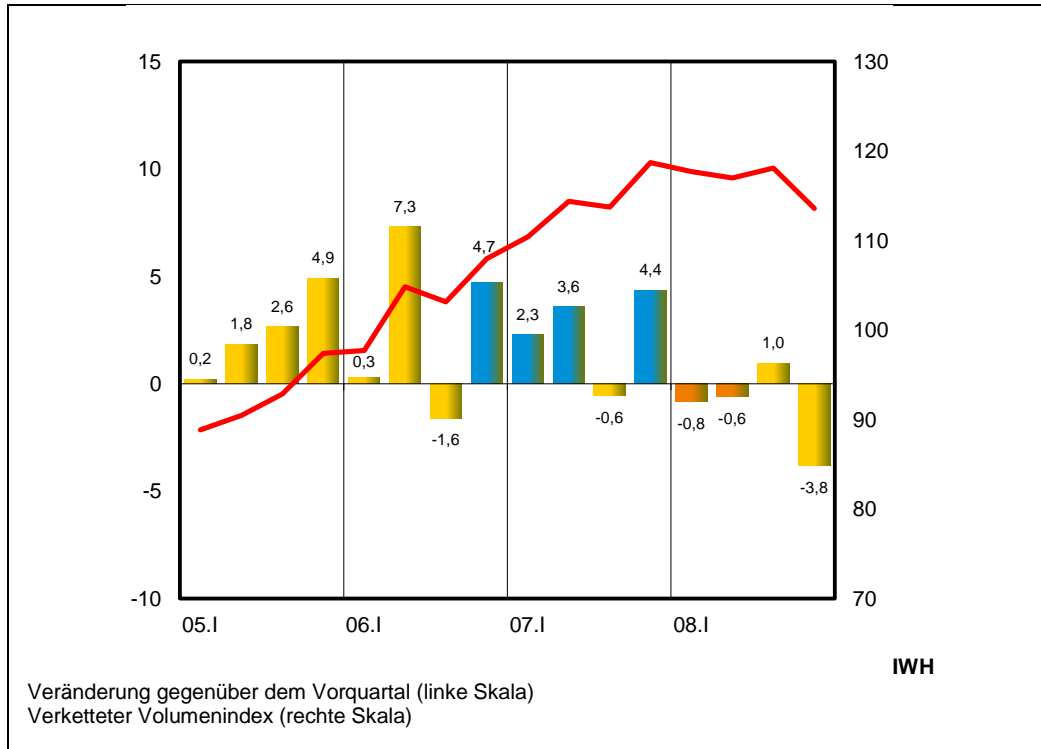
Abbildung 2:  
 Deutschland: Bauinvestitionen  
 - saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung des IWH.

- 2.) Änderungen der Abschreibungsregeln für Unternehmen: Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz vom 14.08.2007 wurde zum 01.01.2008 die degressive Abschreibung abgeschafft. Dadurch fällt die steuerliche Entlastung von investierenden Unternehmen geringer aus. Auch hier gab es massive Vorzieheffekte, die Investitionstätigkeit in den Quartalen vor der Abschaffung der degressiven Abschreibung wurde erheblich stimuliert mit entsprechenden Effekten auf die Konjunktur.

Abbildung 3:  
Deutschland: Ausrüstungsinvestitionen  
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung des IWH.

- 3.) Erwartete Inflationsrate: Bei allen Verträgen, in denen feste Zahlungsbeträge für eine gewisse Zeit in der Zukunft vereinbart werden, spielt die erwartete Inflationsrate eine wichtige Rolle. Wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 18 Monaten aushandeln, dann berücksichtigen sie dabei auch die zukünftig erwartete Inflationsrate, denn diese beeinflusst bei den Unternehmen die Produktions- und bei den Arbeitnehmern die Lebenshaltungskosten. Wird nun für die Zukunft eine höhere oder niedrigere Inflationsrate erwartet, so reagieren Löhne schon bei Tarifabschluss darauf. Auch in diesem Fall wird die Konjunktur heute von zukünftigen Geschehnissen beeinflusst.

**Wissenschaftlicher Ansprechpartner:**

Prof. Dr. Oliver Holtemöller  
Tel.: +49 345 7753 703, E-Mail: [Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

**Pressekontakt:**

Tobias Henning  
Tel.: +49 345 7753 738, E-Mail: [presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

**Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).